



Urban Citizenship und City Card

Dokumentation zur «Austauschsitzung Migration»
vom 6. Dezember 2018

Herausgeberin: Direktion Bildung, Soziales und Sport, Kompetenzzentrum Integration, Effingerstrasse 33, 3008 Bern, Telefon 031 321 60 36, integration@bern.ch, www.bern.ch/integration • **Bericht:** Susanne Rebsamen, Fachbereich Information und Vernetzung • **Bern, Februar 2019**

Inhalt

Die Austauschszitung Migration	4
Das Thema und das Programm	5
Stimmungsbild	6
Stand der Arbeiten in der Stadt Bern	7
Urban Citizenship – Konzept und Blick nach Kanada, Deutschland und in die USA	8
1. Einleitung	8
2. Aktualität von städtischen Kämpfen um Teilhabe und soziale Rechte von Migrant*innen	9
3. Theoretischer Exkurs: Das Konzept (Urban) Citizenship	10
4. Konkrete Urban Citizenship-Politiken in den USA, Kanada und Deutschland	12
5. Schluss	15
Urban Citizenship – was bedeutet das für Menschen in verschiedenen Lebenssituationen?	16
Bern – Stadt für alle mit Fokus Migration: Ausblick von Gemeinderätin Franziska Teuscher	20
Fazit und Ausblick	22
Quellen	23

Die Austauschszitzung Migration

Die «Austauschsitzung Migration» ist eine Plattform zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung zwischen Personen und Organisationen aus den Regionen Bern, Burgdorf und Langenthal, die sich im Migrations- und Integrationsbereich engagieren. Auch weitere interessierte Personen sind zu diesem Austausch eingeladen.



Das Thema und das Programm

Wir haben uns an der Austauschsitung Migration mit dem Konzept «Urban Citizenship» auseinandergesetzt. Damit ist die Vision einer Bürger*innenschaft gemeint, bei der nicht die Herkunft, die Nationalität oder der Aufenthaltsstatus im Zentrum steht, sondern der Lebensmittelpunkt einer Person. Wir haben danach gefragt, was es braucht, damit sich alle, dort wo sie leben, zu Hause und sicher fühlen können und mitbestimmen können. Und wir haben diskutiert, wie es um eine City Card für die Stadt Bern und andere Berner Gemeinden steht. Die Thematik ist zentral für die städtische Integrationspolitik und im Schwerpunkteplan zur Umsetzung des städtischen Leitbildes zur Integrationspolitik verankert. Die Austauschsitung Migration war für das Kompetenzzentrum Integration eine wichtige Plattform, um die Debatte rund um «Urban Citizenship» und eine «City Card» Bern breiter abzustützen und zu vertiefen.

Folgendes stand an der Austauschsitung auf dem Programm (die Gliederung des vorliegenden Berichtes basiert auf dem Veranstaltungsprogramm):

- Susanne Rebsamen, Leiterin des Fachbereiches Information und Vernetzung im Kompetenzzentrum Integration hat über den Stand der Arbeiten und Diskussionen in der Stadt Bern, insbesondere in der Stadtverwaltung, informiert.
- Die Soziologin Sarah Schilliger hat aus wissenschaftlicher Sicht ans Thema herangeführt und Blicke nach Kanada, Deutschland und in die USA geworfen.
- Vertreter*innen von «Wir alle sind Bern» haben Einblick in die zivilgesellschaftliche Debatte gegeben und aufgezeigt, was es braucht, damit sich alle, die in Bern leben sicher und zu Hause fühlen und die Stadt mitgestalten können.
- Gemeinderätin Franziska Teuscher hat einen politischen Ausblick gemacht und sich den Fragen der Teilnehmenden gestellt.

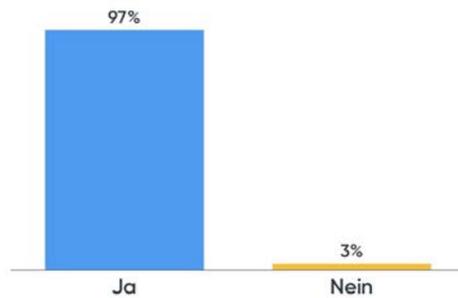


Stimmungsbild

Zur Einstimmung ins Thema haben wir mit dem Publikum ein Stimmungsbild aufgenommen. Nachfolgend sind die Ergebnisse zusammengestellt.

Fühlen Sie sich dem Ort, an dem Sie leben zugehörig?

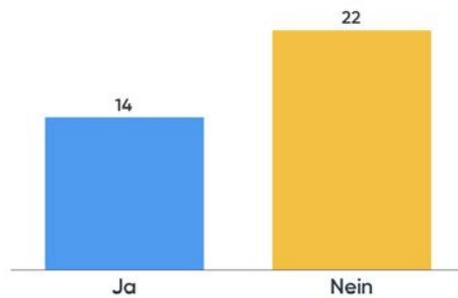
Mentimeter



36

Hat Ihnen schon einmal jemand gesagt, dass Sie fremd sind am Ort, an dem Sie leben?

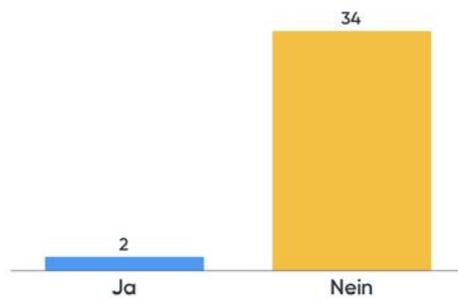
Mentimeter



36

Haben Sie bereits einmal als Sans-Papiers/ohne geregelten Aufenthaltsstatus irgendwo gelebt?

Mentimeter



36

Stand der Arbeiten in der Stadt Bern

Susanne Rebsamen, Leiterin Fachbereich Information und Vernetzung beim Kompetenzzentrum Integration, hat die Teilnehmenden über den Stand der Arbeiten und Diskussionen in der Stadt Bern informiert.

Stossrichtungen des Gemeinderates

Mit dem Schwerpunkteplan 2018-2021 zur Umsetzung des Leitbildes zur Integrationspolitik hat der Gemeinderat folgendes Ziel verabschiedet:

«Die Stadt beteiligt sich an der Debatte um das Konzept von 'Urban Citizenship' und ist bestrebt, eine City Card einzuführen, um damit die Teilhabe aller Bewohnerinnen und Bewohner unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus zu fördern.»

Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung

Die Federführung für die Umsetzung des oben erwähnten Ziels liegt beim Kompetenzzentrum Integration der Stadt Bern.

Im Bereich «Urban Citizenship» lief seit Anfang 2018 Folgendes:

- Lebendige zivilgesellschaftliche Debatte (vgl. dazu auch www.wirallesindbern.ch)
- Die Thematik wurde in den «Gefässen» des Kompetenzzentrums Integration aufgenommen
- Mit der Austauschitzung, um die es in diesem Bericht geht, haben wir die Thematik mit einem breiten Fachpublikum diskutiert.

Zum Thema «City Card» haben seit Anfang Jahr folgende Aktivitäten stattgefunden:

Verwaltungsinterne Aktivitäten:

- Aktuell: Eine interdirektionale Arbeitsgruppe prüft Optionen (Einsatzmöglichkeiten, Chancen, Risiken, technische Fragen) und erarbeitet Vorschläge und hat Gespräche mit diversen Stellen der Stadtverwaltung geführt, die eine City Card nutzen könnten.
- Danach: Vorschlag zuhanden des Gemeinderates, Entscheidung über das weitere Vorgehen
- Folgende Chancen sieht die Stadt Bern in einer City Card:
 - Symbol für eine solidarische und weltoffene Stadt
 - Identitätsnachweis für alle
 - Zugang zu Dienstleistungen
 - Ausbaubar: Mitwirkung, weiteres?

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten

Das Thema wird breit diskutiert – v. a. auch durch «Wir Alle sind Bern». Der Input von «Wir Alle sind Bern» (vgl. hinten) hat Einblick in diese Debatte gegeben.

Urban Citizenship – Konzept und Blick nach Kanada, Deutschland und in die USA

Nachfolgend finden Sie das Referat von Sarah Schilliger.

Zur Referentin: Sarah Schilliger promovierte am Seminar für Soziologie der Universität Basel. In den letzten zwei Jahren weilte Sarah Schilliger im Rahmen eines PostDoc-Mobility Stipendiums des Schweizerischen Nationalfonds als Gastwissenschaftlerin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück und an Centre for Refugee Studies an der York University in Toronto. Im Zentrum ihrer aktuellen Forschung steht der Zugang von Migrant*innen zu sozialen Rechten und die damit verbundenen Kämpfe und Aushandlungen. In den letzten Monaten hat sie sich in Kanada näher mit dem Konzept «Urban Citizenship» und mit der Praxis «Sanctuary Cities» auseinandergesetzt.

Sarah Schilliger ist als engagierte Wissenschaftlerin auch selber in verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv, u.a. in der Bewegung "Wir alle sind Bern", in der «Allianz gegen Racial Profiling» und in dem deutschsprachigen Netzwerk „Solidarity City“.



1. Einleitung

Guten Morgen, liebe Berner*innen. Ich freue mich, dass wir uns heute Morgen zusammen auf eine konkrete Utopie einlassen – jene der Urban Citizenship (Stadtbürger*innenschaft) – und uns vorstellen, wie unser Zusammenleben ausschauen würde, wenn die grundlegenden sozialen Rechte nicht in erster Linie vom Nationalstaat abhängig wären und damit auch nicht vom Vorhandensein eines Schweizer Passes oder sonst eines Aufenthaltsrechtes in der Schweiz, sondern wenn diese Rechte lokal verankert und damit von der Staatsbürgerschaft entkoppelt wären.

Alle Menschen, die zusammen an einem bestimmten Ort leben und dort am Alltag teilnehmen, sollen die gleichen sozialen und politischen Rechte haben, alle sollen Zugang zu Ressourcen und gesellschaftlicher Teilhabe haben.

Was passiert also, wenn wir uns auf diesen Perspektivenwechsel einlassen und davon ausgehen, dass Menschen zu allererst mal Bürger*innen einer Stadt – zum Beispiel von Bern – sind? Wie können wir uns eine „Stadt für alle“ konkret vorstellen? Eine Stadt, die von allen Menschen, die in ihr leben, gleichberechtigt mitgestaltet wird? Klingt das alles nach einem Zukunftstraum? Ja, vielleicht. Trotzdem – oder vielleicht gerade deswegen – zieht das Konzept der immer mehr Menschen in seinen Bann.

Wie ich in meinem Input zeigen möchte, ist Urban Citizenship nicht einfach eine abstrakte Idee, sondern eine politische Praxis, mit der bereits in verschiedenen Städten insbesondere in Nordamerika und Europa experimentiert wird.

Während in vielen Staaten auf nationaler Ebene in den letzten Jahren die Asyl- und Migrationsgesetzgebungen laufend verschärft und Grundrechte eingeschränkt wurden – eine fortschrittliche, migrationspolitische Transformation also gegenwärtig ziemlich blockiert ist –, zeigt sich in Städten oft eine liberalere Haltung in Bezug auf Migration. Inwiefern können Städte also Schauplatz für eine politische Transformation sein? Dies ist eine wichtige Frage, die am Anfang verschiedener aktueller Initiativen um Urban Citizenship steht.

Inspirierend für Kampagnen um Urban Citizenship ist insbesondere die Bewegung der Sanctuary Cities: So nennen sich in den USA und in Kanada Städte, die sich weigern, an der nationalen Ausschaffungspolitik mitzuwirken und die Sans-Papiers schützen wollen.

Die Bewegung geht auf die Sanctuary-Bewegung der 1980er Jahre zurück. Damals flohen fast eine Million Menschen aus den Kriegszonen Mittelamerikas, vor allem aus El Salvador und Guatemala, über die US-amerikanische Grenze. Insbesondere mittels Kirchenasyl wurde versucht, sie vor drohenden Ausschaffungen zu bewahren.

2. Aktualität von städtischen Kämpfen um Teilhabe und soziale Rechte von Migrant*innen

Heute haben Sanctuary Cities insbesondere in den USA eine neue Dringlichkeit erlangt, nachdem Präsident Trump angekündigt hatte, Millionen von Sans-Papiers auszuschaffen. Inzwischen gibt es Dutzende von Städten, die die Festnahme und Ausweisung von illegalisierten Migrant*innen durch die bundesstaatlichen Einwanderungsbehörden (ICE) nicht unterstützen, darunter Weltstädte wie Los Angeles und New York. Deren Bürgermeister*innen stellen sich offensiv gegen die nationale Regierung und die Politik der Abgrenzung.

Schulen, Krankenhäuser und Polizei fragen in diesen Städten nicht nach dem Einwanderungsstatus (Politik des ‚Don’t ask – don’t tell‘). Vielerorts weigert sich die lokale Polizei, den Behörden bei den Verhaftungen zu helfen, so auch in New York. Dort versprach der [Bürgermeister Bill de Blasio am 21. November 2016](#) (kurz nach der Trump-Wahl) allen Bewohner*innen von New York: „Diese Stadt und so viele andere Städte in diesem Land werden alles ihnen Mögliche tun, um unsere Einwohner zu schützen und sicherzustellen, dass keine Familien auseinandergerissen werden.“

Auch in Europa wird momentan diskutiert, wie der Rhetorik von Abschottung und Ausgrenzung, die zurzeit die migrationspolitische Debatte auf EU-Ebene und in vielen Nationalstaaten dominiert, eine offenere, solidarischere Politik entgegengesetzt werden kann.

Für internationale Aufmerksamkeit sorgten Mitte Juni 2018 die Statements der Bürgermeister süditalienischer Küstenstädte, darunter Palermo, Neapel und Ravenna. Sie kritisierten die Weigerung der italienischen Regierung, das Rettungsschiff [«Aquarius»](#) mit über 600 Bootsflüchtlingen an Bord in einem italienischen Hafen vor Anker gehen zu lassen und erklärten sich bereit, die auf dem Schiff befindlichen Flüchtlinge in ihren Städten aufzunehmen.

In den letzten Monaten haben sich zahlreiche progressive Bürgermeister*innen in Italien, z.B. in Palermo und Neapel, und in Spanien (Barcelona) für die Öffnung ihrer Häfen ausgesprochen und angeboten, Seenot-Gerettete aufzunehmen. Und auch in Deutschland signalisierten Stadtregierungen z.B. in Köln, Düsseldorf, Bonn, Berlin und Kiel ihre Bereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen.

Politischer Druck kommt aus verschiedenen Initiativen der kritischen Zivilgesellschaft. Unter dem [Hashtag Seebrücke](#) hat sich seit dem Juli 2018 in verschiedenen europäischen Städten ein Protest auf der Strasse entwickelt. Die Seebrücke ist ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis, die sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme von Menschen auf der Flucht fordert. Seebrücke ist dabei ein treffender Slogan, weil er über die Rettung hinaus die Forderung für die Aufnahme in Städte quer durch Europa in sich trägt.

Im vergangenen Jahr haben sich zudem migrantische Organisationen, Willkommensinitiativen, städtische Bewegungen und NGOs, kirchliche Gruppen und Wissenschaftler*innen in verschiedenen deutschsprachigen Städten zu einem Netzwerk mit dem Namen [«Solidarity City»](#) zusammengeschlossen. Diese städtepolitischen Initiativen bemühen sich darum, eine echte Willkommenskultur zu etablieren und denken darüber nach, wie innerhalb von Städten Spielräume genutzt werden können, um Migrant*innen ein würdiges Leben zu gewähren.

3. Theoretischer Exkurs: Das Konzept (Urban) Citizenship

Das Konzept Citizenship ist heute stark auf die territoriale Logik des (souveränen) Nationalstaats fixiert. Im gegenwärtigen bürgerlich-liberalen Verständnis wird Citizenship als eine rechtliche und politische Institution verstanden, mit der markiert wird, wer zu einer bestimmten (nationalen) Gemeinschaft zu zählen ist – und wer nicht.

Citizenship gilt dabei als ein formaler Status, der Bewohner*innen eines Landes von staatlicher Seite verliehen wird und womit spezifische (politische, ökonomische und soziale) Rechte verknüpft sind. Je nach Citizenship-Status ergibt sich ein unterschiedlicher Zugang zu sozialen Rechten und Ressourcen. Teilhabechancen sind demnach heute stark fragmentiert und hierarchisiert. Am prekärsten ist die Situation von Sans-Papiers, denen grundlegendste Rechte verwehrt werden.

In den jüngeren theoretischen Beiträgen zu dieser Debatte wird Citizenship nicht nur als Status verstanden, den Menschen entweder besitzen oder eben nicht. Stattdessen wird auf die politischen und sozialen Kämpfe fokussiert, durch die Anerkennung, Rechte und der Zugang zu Ressourcen überhaupt erst erstritten werden. Citizenship' wird also nicht bloss als statisches/staatliches Rechtsregime konzipiert, sondern als politische Praxis und als

Konfliktfeld. Damit rücken vermehrt zivilgesellschaftliche Akteure, soziale Bewegungen und Konflikte um Teilhabe in den Blick.

Die beiden Sozialwissenschaftler Engin Isin und Greg Nielsen haben v.a. mit Blick auf die Situation von Migrant*innen und Geflüchtete für diese Kämpfe um Rechte den Begriff «acts of citizenship» geprägt. Damit fassen sie Prozesse, in denen sich Menschen unabhängig vom ihnen zugeschriebenen Status Rechte als Bürger*innen nehmen und diese einfordern.

Paradebeispiel eines act of citizenship ist der Widerstand der Schwarzen Frau Rosa Parks, die sich 1955 in den USA weigerte, ihren Platz im Bus für einen weissen Mann aufzugeben. Durch ihre Aktion stellte Rosa Parks die rassistische Segregation in den öffentlichen Bussen in Frage, die ihr einen entrechteten Status zuwies. Mit ihrem Akt vollzog sie einen Bruch mit der bestehenden rechtlichen Ordnung und stiess damit eine politische Transformation an. Im Mittelpunkt stehen also Situationen, in denen sich Menschen selber ermächtigen, sich organisieren und Rechte einfordern – und sich damit selbst zu politischen Subjekten machen.

Citizenship ist von Beginn an mit politischen Kämpfen um Rechte verbunden und ist bis heute umkämpft. Verhandelt werden in diesen Kämpfen Fragen um Gleichheit und Differenz, um Anerkennung, Teilhabe, Zugehörigkeit und Ausschluss. Es geht auch – mit Hannah Arendt gesprochen – um das grundlegendste Recht: das Recht, Rechte zu haben. Und es geht auch immer darum, wer denn überhaupt zur politischen Gemeinschaft gehört und damit Anspruch auf gewisse soziale und politische Rechte hat, und wer ausgeschlossen wird. Wer gehört zum Demos, welche Rechte und Pflichten lassen sich aus einer Bürger*innenschaft ableiten? Diese Aushandlung politischer Zugehörigkeit ist immer in Bewegung, unterliegt permanenter Aushandlung und Transformation.

Was ist nun mit Urban Citizenship gemeint? Es gibt unterschiedliche Verständnisse dieses Konzeptes, ich zitiere hier eine Definition von [Marisol Garcia \(2006\)](#): «Es wird von städtischen oder regionalen Formen von Bürgerschaft gesprochen, wenn lokalpolitische Instrumente eingeführt werden, die soziale Teilhabe nicht nur für Staatsbürger*innen gewährleisten, sondern auch Stadtbewohner*innen integrieren, die keinen formalen Bürger*innenstatus besitzen bzw. diesen auf Grund ihrer marginalisierten sozialen Position nicht zur Geltung bringen können» (García 2006).

Mit dem Begriff werden also explizit nicht nur Menschen ohne Aufenthaltsstatus inkludiert, sondern alle Menschen in der Stadt und besonders jene, die Prekarität erfahren und denen de facto ihre sozialen Rechte beschnitten werden. Das Konzept Urban Citizenship hat demnach auch das Potenzial, die teils unverbundenen solidarischen Initiativen und Projekte sowohl von städtischen Institutionen als auch innerhalb der Zivilgesellschaft stärker zu bündeln und zu vernetzen, indem es eine gemeinsame konzeptuelle Klammer bietet.

Einerseits bestehen gewisse Spielräume bei den städtischen Behörden, auf den Ämtern und in Institutionen bezüglich der Frage, wie strikt sie nationale Gesetzgebungen umsetzen. So kann zum Beispiel eine Stadtregierung beschliessen, Zugang zu gewissen städtischen Dienstleistungen auf alle Stadtbewohner*innen auszuweiten. Und Spitäler oder Gerichte können davon absehen, Sans-Papiers an die Migrationsbehörden auszuliefern bzw. Daten weiterzugeben. Andererseits gibt es in urbanen Zentren eine Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich darum bemühen, Menschen ohne Aufenthaltsstatus Zugang zu Wohnraum, zu Gesundheitsversorgung und zu grundlegenden sozialen Rechten zu verschaffen – ganz konkret als eine Art von citizenship-Praxis von unten.

Städte werden dann zu Laboratorien der Demokratie und der Solidarität, wenn sich lokale Akteure und städtische Institutionen gemeinsam daran beteiligen, das Leben und den Alltag von Menschen mit eingeschränkten oder fehlenden Staatsbürgerrechten zu erleichtern und soziale Teilhabe zu fördern.

4. Konkrete Urban Citizenship-Politiken in den USA, Kanada und Deutschland

Ein eindrückliches Beispiel zur Umsetzung der Idee einer Stadtbürger*innenschaft ist die Einführung der City ID Card (IDNYC) in **New York**. Dieser kommunale Personalausweis wurde im Januar 2015 eingeführt und hat insbesondere den rund 500'000 in New York lebenden Sans-Papiers neue Teilhabemöglichkeiten eröffnet. Wer seinen Wohnsitz und seine Identität nachweisen kann, bekommt den offiziellen Stadtausweis. Damit erhalten die urban citizens Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen, können leichter Miet-, Handy- und andere Verträge abschließen, unkomplizierter Bankgeschäfte erledigen und vieles mehr.

Am wichtigsten ist, dass der Ausweis für sie einen Schutz im Umgang mit der Polizei bedeutet. Bei einfachen Kontrollen ist nicht mehr erkennbar, dass sie nicht über gültige Aufenthaltspapiere verfügen. Wenn eine Person Kontakt hat mit städtischen Behörden, so fragen diese nicht nach dem Aufenthaltsstatus – egal ob Polizei, Schulen oder Steuerverwaltung. Viele öffentliche Institutionen wie Museen, Theater oder Bibliotheken gewähren beim Vorweisen der IDNYC Vergünstigungen oder Gratis-Eintritt. Damit ist die Karte auch attraktiv für Stadtbürger*innen mit legalem Status – was wichtig ist, damit sich Sans-Papiers nicht selbst gleich als Undokumentierte ausweisen, wenn sie eine IDNYC mitführen. Mitte 2018 nutzten bereits über 1,2 Millionen New Yorker*innen den Ausweis.

Hinter dem kommunalen Ausweis steckt auch ein Interesse von Seiten der Stadtbehörden, dass sich die Bewohner*innen ihrer Stadt vor den Behörden nicht verstecken müssen und keine Angst haben, beispielsweise ein Verbrechen bei der Polizei anzuzeigen. Es zeigen sich also auch sicherheits- und bevölkerungspolitische Motive der städtischen Regierung. Den Durchbruch verdankt die IDNYC jedoch vor allem Aktivist*innen in den Stadtteilen und migrantischen Communities, die in einer jahrelangen Kampagne dafür gekämpft haben (u.a. die Nachbarschaftsorganisation Make the Road). Sie haben mittels der Praxis von Citizenship-Kämpfen von unten dafür gesorgt, dass gewisse Rechte (wie der Zugang zu städtischer Infrastruktur sowie eine gewisse Aufenthaltssicherheit) auf Non-Citizens erweitert wurde.

Die City ID Card in New York ist damit ein beispielhaftes Resultat von Urban Citizenship-Politiken als einer Verschränkung von Mikropolitiken in Institutionen (durch innovative Praktiken in Verwaltungen und eine progressive parlamentarische Lokalpolitik) und einer breiten Mobilisierung von unten (durch verschiedene soziale Bewegungen, migrantische Communities, Recht auf Stadt-Initiativen, sozial- und kulturpolitische Projekte usw.).

Toronto war 2013 die erste kanadische Stadt, deren Regierung eine Sanctuary City-Politik beschloss und sich damit offiziell dazu bekannte, den "angstlosen Zugang zu Dienstleistungen zu gewähren für alle Migrant*innen mit oder ohne vollen Status" ([City of Toronto 2013, Motion CD 18.5](#)). Die Erfahrungen aus dieser Mobilisierung für die Rechte von illegalisierten Migrant*innen und deren Übersetzung in kommunales Handeln sind zweifellos auch für den europäischen Kontext inspirierend und lehrreich.

Die vielfältigen Kampagnen für Toronto als Sanctuary City laufen nun bereits seit über einem Jahrzehnt: Mitte der 2000er Jahre startete eine Koalition aus vielzähligen Community-Organisationen, rechtlichen Anlaufstellen und basisgewerkschaftlichen Initiativen die Access without Fear-Kampagne (Kampagne für einen Zugang ohne Angst). Die Kampagne warb für eine "Don't Ask, Don't Tell"-Politik, indem von der Stadt Toronto ein zweifaches Zugeständnis verlangt wurde. Erstens sollte die Stadt ihren Angestellten untersagen, bei der Gewährleistung von öffentlichen Diensten nach dem Migrationsstatus zu fragen ("Don't Ask") und zweitens, falls diese Information dennoch ans Licht komme, darf sie weder an die Einwanderungsbehörde noch an andere staatliche Behörden weitergegeben werden ("Don't Tell"). Der Zugang zu städtischen Dienstleistungen sollte damit auf Grundlage des Wohnsitzes, gemeint ist die Präsenz in der Stadt, erfolgen, womit eine Diskriminierung aufgrund des Aufenthaltsstatus einschränkt wird.

Die Access without Fear-Kampagne gewann an Öffentlichkeit insbesondere mit dem Protest gegen die Verhaftung von zwei Kindern einer Familie aus Costa Rica. Am 24. April 2006 hatten Beamte der kanadischen Einwanderungsbehörde CBSA die beiden Geschwister Kimberly und Gerald Lizano-Sossa in ihren Klassenzimmern verhaftet und für mehrere Tage festgehalten. Auf diese Weise sollte der Vater der Kinder – ein Bauarbeiter mit irregulärem Aufenthaltsstatus – unter Druck gesetzt werden, sich der CBSA zu stellen. Lehrer*innen meldeten sich öffentlich zu Wort und bekundeten ihren Unmut darüber, dass in ihren Schulklassen ein Klima der Angst herrsche, was eine produktive Lernumgebung behindere. Eltern und Schüler*innen solidarisierten sich und prangerten den brutalen Umgang mit den beiden Kindern aus Costa Rica an. Gemeinsam mit Gewerkschaften und migrantischen Communities wurde ein intensiver politischer Druck auf die nationale Einwanderungsbehörde CBSA aufgebaut. Diese sollte aufgefordert werden, sich für die Verhaftungen zu entschuldigen und eine Richtlinie zu erlassen, die den Beamten der CBSA in Zukunft den Aufenthalt auf und um das Gelände von Schulen herum untersagt. Der Protest, der fortan unter dem Slogan „[Education Not Deportation](#)“ geführt wurde, erhielt in den lokalen und nationalen Medien grosse Aufmerksamkeit und setzte in der Stadt eine breite Solidaritätsbewegung in Gang. Zwar gelang es nicht, die Abschiebung der betroffenen Familie zu verhindern, doch führte die anhaltende Lobbyarbeit und Mobilisierung dazu, dass der Toronto District School Board eine Richtlinie verabschiedete, wonach keinem Kind aufgrund seines Aufenthaltsstatus' der Zugang zu öffentlicher Bildung verweigert werden darf. Den Schulen wird untersagt, Informationen über den Einwanderungsstatus von Schüler*innen oder deren Familienangehörigen anzufordern, zu melden und weiterzugeben.

Als erste konkrete Don't Ask, Don't Tell-Politik in Kanada stellte dies einen grossen Erfolg für Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Toronto dar. Beflügelt von den Erfolgen, wurde die Access without Fear-Kampagne auf weitere städtische Bereiche, in denen Menschen mit prekärem Status leben und arbeiten, ausgeweitet. Es entstanden lebhafte Teil-Kampagnen, hierzu gehörten etwa "Food For All", die für den Zugang für Alle zu Essens-Ausgaben (so genannte „food banks“) einstehen. „Health4All“ wiederum setzte sich für den Abbau von Grenzen beim Zugang zur Gesundheitsversorgung ein und thematisierte darüber hinaus die Beeinträchtigung der Gesundheit durch einen unsicheren oder fehlenden Aufenthaltsstatus. In der „Shelter/Sanctuary/Status“-Kampagne mobilisierte sich ab 2008 eine breite Allianz von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, um Unterkünfte für gewaltbetroffene Frauen zu sicheren Zufluchtsorten auch für illegalisierte Migrant*innen zu machen und durchzusetzen, dass Frauen aufgrund der Erfahrung von geschlechtsspezifischer Gewalt Asyl gewährt wird.

Die jahrelangen Kämpfe und Mobilisierungen innerhalb des Solidarity City Network bereiteten den Weg, Access Without Fear zur Leitlinie für alle städtischen Dienstleistungen zu machen und damit die für gewisse Bereiche bereits erkämpfte Praxis in eine institutionelle Politik zu überführen. Am 21. Februar 2013 bestätigte der Stadtrat nach einer langen Debatte fast einstimmig, dass Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus in Toronto der Zugang zu städtischen Dienstleistungen gewährt werden soll, ohne dass sie sich fürchten müssen, an die nationalen Einwanderungsbehörden ausgeliefert und abgeschoben zu werden. Die Stadt ist zudem verpflichtet, ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um Mitarbeitende der öffentlichen Dienste mit speziellen Weiterbildungen entsprechend zu schulen. Zudem soll die Stadt Massnahmen ergreifen, um das öffentliche Bewusstsein für diese Politik und für die Situation von Menschen ohne Aufenthaltsstatus zu erhöhen.

Knapp fünf Jahre nach dem Inkrafttreten der Richtlinien zeigt sich jedoch ein ambivalentes Bild. Wie eine aktuelle [Pilotstudie](#) von Wissenschaftler*innen dokumentiert, hat die Stadtregierung in Bezug auf die Umsetzung der 2013 beschlossenen Sanctuary City-Politik kaum etwas unternommen. „Die Realität ist, dass der Stadtrat die Stadt zwar zu einer Sanctuary City erklärt, aber dafür keine zusätzlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt hat“, erklärt Graham Hudson, Mitautor der Studie. Die Implementierung der Policy stockt und ist je nach Bereich (z.B. Polizei) kaum umgesetzt.

Denn ob die städtischen Dienstleistungen von allen in Anspruch genommen werden können, hängt stark davon ab, inwiefern die jeweiligen Menschen am Schalter und im direkten Kontakt über die Richtlinien informiert sind oder nicht. Bei Überprüfungen (sog. Audits) kam heraus, dass die meisten städtischen Mitarbeiter*innen die Richtlinien nicht kennen. Zudem spielen auch die persönliche Gesinnung und Überzeugung der Stadtbehörden eine grosse Rolle. Die Studie konstatiert, dass insbesondere die Schulung des städtischen Personals gänzlich fehlgeschlagen ist: Obwohl sich die Stadt verpflichtet hat, genügend strukturelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um ihre Mitarbeitenden in Bezug auf die Umsetzung der Access without Fear-Politik mit gezielten Weiterbildungen zu schulen, wurden die nötigen Budgetmittel für die Entwicklung und Durchführung von pädagogisch sinnvollen Trainings nicht zur Verfügung gestellt. Eine schlichte Top-Down-Information über die neue Richtlinie reicht nicht aus, um die Politik des angstfreien Zugangs tatsächlich zum Funktionieren zu bringen.

Was sind die Gründe für diese mangelnde Umsetzung von Seiten der Stadt? Einerseits mangelt es offensichtlich an politischem Willen, über die rhetorische Unterstützung der Richtlinien hinaus konkret etwas zu unternehmen. Andererseits fehlt es aufgrund von Sparmassnahmen auch an Mitteln. Und schliesslich offenbaren sich in der Sanctuary City-Kampagne auch Widersprüche von kommunalen Politiken innerhalb eines souveränen Staates und – im kanadischen Kontext – einer starken Rolle der Provinzen, die im Fall von Ontario (wozu Toronto zählt) zudem seit dem Sommer 2018 mit Premierminister Doug Ford von einem Vertreter rechtskonservativer Politik regiert wird.

Dafür mobilisierte sich die Zivilgesellschaft umso mehr, um Bewusstsein für die neuen Richtlinien zu schaffen und die Bevölkerung breit angelegt aufzuklären. Mit mehrsprachigen Flyers, grafischen Materialien und Community-Workshops verbreiteten die Aktivist*innen des Solidarity City-Netzwerks Informationen über städtische Dienstleistungen. Eine Hotline wurde eingerichtet, um Dienstleistungen melden zu können, bei denen der Zugang nicht befriedigend gewährleistet ist. Um die Umsetzung der politischen Richtlinien zu evaluieren, führten sie eigene Überprüfungen durch, kontaktierten hunderte Einrichtungen telefonisch und testeten deren Zugänglichkeit. Damit fordern die Organisationen der Zivilgesellschaft immer wieder bei

der Stadt ein, dass diese mehr unternimmt, um die beschlossene Politik auch tatsächlich zu implementieren.

In den letzten zwei Jahren hat sich auch im **deutschsprachigen Raum** die Idee von Solidarity Cities verbreitet. Unter diesem Slogan haben sich in bislang 18 Städten in Deutschland Initiativen gegründet, die versuchen, praktische Antworten auf die Fragen nach einem guten Leben in der eigenen Stadt zu finden. Hintergrund sind sicher die Entwicklungen des Jahres 2015, als viele Ehrenamtliche begannen, sich in der Unterstützung für Geflüchtete zu engagieren. Diese neuen Kräfte der Solidarität sind in vielen Städten weiterhin aktiv. Die Bewegung, die 2015 entstanden ist, ist vielleicht nicht mehr so sichtbar, aber sie ist nicht verschwunden.

Die Gruppen und Aktivist*innen, die sich im [Solidarity City-Netzwerk](#) versammeln, nutzen dabei ganz unterschiedliche Ansätze. So steht in einigen Städten der Kampf gegen Abschiebungen im Vordergrund, zum Beispiel mit Kampagnen zum Bürger*innen-Asyl, mit praktischer Unterstützung für Kirchenasyl oder mit der Beratung von Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus. Andernorts werden konkrete Massnahmen diskutiert, wie z.B. die Einführung einer City ID Card nach New Yorker Vorbild.

Zentrales Element der solidarischen Städte ist eine grundsätzliche Demokratisierung des städtischen Lebens und die Möglichkeit der Partizipation jenseits von demokratischen Wahlen – sowie die Etablierung eines neuen Verständnisses von Zugehörigkeit. Die Frage, die sich viele Protagonist*innen dieser Solidaritätsbewegung zurzeit stellen, ist wie sich diese Praxis in staatlich-kommunales Handeln übersetzen lässt, d.h. wie also verbindliche und nachhaltige Strukturen gebildet werden können.

5. Schluss

Was all diese Initiativen und Bewegungen verbindet, die sich unter dem Slogan einer Urban Citizenship mobilisieren, ist eine konkrete Utopie, die dazu befähigen kann, über politische Sachzwänge hinaus aktiv zu werden und aus einer defensiven und lähmenden Situation in Bezug auf die aktuelle Migrations- und Asylpolitik herauszufinden. Dabei wird pragmatisch im Hier und Jetzt angesetzt – mit Bezug auf konkrete Problemlagen in einer Stadt.

Ein wesentliches Potenzial von ‚Urban Citizenship‘-Politiken ist die mögliche Verschiebung des migrationspolitischen Diskurses – weg von Migration als einem Problem und vom aktuellen Integrationsimperativ, hin zur Thematisierung von Ungleichheiten sowie zur Frage nach sozialer Teilhabe.

Die aktuellen Kämpfe um Urban Citizenship haben das Potenzial, die zahlreichen und teils unverbundenen Initiativen und Projekte im Bereich Migration stärker zu bündeln und zu vernetzen und unter dem gemeinsamen Dach Stadt für alle zu vereinen.

Das Konzept beinhaltet schliesslich auch die Chance, ein neues Verständnis von Zugehörigkeit zu schaffen. Es wird nicht ständig nur gefragt, wer und wie ‚die Anderen‘ sind und zu sein haben. Vielmehr wird gemeinsam nach einem neuen ‚Wir‘ gesucht. Dies ist eine dringende Anpassung an die heutige Realität einer postmigrantischen Gesellschaft, in der Migration als eine Tatsache anerkannt wird.

Urban Citizenship – was bedeutet das für Menschen in verschiedenen Lebenssituationen?

Urban Citizenship – was bedeutet das für Menschen in verschiedenen Lebenssituationen?

Anhand von Fotos und Cartoons hat Christian Metzger von «Wir Alle sind Bern» geschildert, welche Themen und Fragen im Kollektiv im Kontext von Urban Citizenship und City Card diskutiert werden. Er hat aufgezeigt, welche Erwartungen die vielen unterschiedlichen Personen, die bei «Wir Alle sind Bern» beteiligt sind an eine Berner City Card haben und welche Hoffnungen und Bedenken im Raum stehen.



Abbildung: Alle nachfolgenden Bilder wurden von David Furst vor Ort am Stadtforum von «Wir alle sind Bern» vom 26. Oktober 2018 erstellt.



Gezeichnet von David Fink



Gezeichnet von David Fink



Nach dieser Präsentation haben «Wir Alle sind Bern» ein «Stammtischgespräch» organisiert. Es wurde von Christian Metzger moderiert. Als Vertretungen von «Wir Alle sind Bern» haben Fatime Mahmuti, Hassan Ali, Sevda Karakus und Lisa Bissegger teilgenommen und auch das Publikum konnte sich äussern. Nachfolgend sind einige zentrale Aussagen aus dem Gespräch zusammengestellt.

Herausforderungen

Bern ist kleinräumig. Wie geht man mit Personen um, die in der Stadt arbeiten, aber auf dem Land wohnen?

Für mich würde sich mit einer City Card nichts ändern. Ich hatte viele verschiedene Ausweise. Egal, welchen Ausweis ich habe, kontrolliert werde ich wegen meiner Hautfarbe.

Es gibt Menschen, für die es wichtig ist, im Umgang mit Behörden unsichtbar zu sein.

Das Problem ist ungelöst und es besteht die Gefahr, dass der Stadt-Land Graben verstärkt wird.

Erwartungen und Chancen einer City Card

Viele Angebote und Dienstleistungen sind kaum oder gar nicht zugänglich ohne einen Ausweis – z. B. eine Krankenkasse oder ein Handy-Abo abzuschliessen oder heiraten.

Mit der City Card könnte man Zugang zu Sprachkursen haben – nicht nur zu Deutschkursen. Man könnte auch andere Sprachen lernen.

Ständig nach der eigenen Integration gefragt zu werden, erzeugt viel Druck und ist mühsam.

Eine City Card könnte nicht nur Vergünstigungen bringen, sondern auch die Möglichkeit für solidarische Projekte bieten (z.B. eine Karte mit Orten, wo Racial Profiling stattfindet).

Zugehörigkeit

Ich habe bei der Frage 'Woher kommst du?' immer wieder Angst, nicht das zu antworten, was die Leute von mir verlangen.

Es gibt Orte in der Stadt, wo ich nicht hingehere, weil ich weiss, dass ich von der Polizei immer wieder kontrolliert werde. Eine City Card würde dies nicht ändern.

Jedesmal wenn ich auf der Strasse bin, dann gibt es eine Kontrolle. Ich erlebe es täglich und es ist für mich normal geworden.

Die Frage 'Woher kommst du?' kommt sehr oft. Dadurch fühlt man sich als Untersuchungsobjekt und sie macht, dass man sich fremd fühlt.

Viele Sans-Papiers versuchen, sich unauffällig zu verhalten, unsichtbar zu sein. Dadurch können sie kaum am gesellschaftlichen Leben hier teilnehmen.

Man fühlt sich schlecht und ungerecht behandelt, wenn ein Ausweis verlangt wird und man keinen schweizerischen Ausweis hat. Das gibt das Gefühl, dass einem etwas fehlt. Eine City Card könnte dieses Gefühl reduzieren.

Bern – Stadt für alle mit Fokus Migration: Ausblick von Gemeinderätin Franziska Teuscher

Nachfolgend ist das Schlusswort von Franziska Teuscher eingefügt – es gilt das gesprochene Wort.

«Sehr geehrte Damen und Herren

Ich hoffe, Sie hatten einen spannenden und inspirierenden Vormittag.

Ich wurde zwar ausschliesslich von Schweizer und Schweizerinnen gewählt. Aber mein Auftrag und mein Ziel ist es, für alle Menschen in Bern zu arbeiten – unabhängig von deren Herkunft, Nationalität oder Aufenthaltsstatus. Als Gemeinderätin, aber auch als Bürgerin von Bern, wünsche ich mir eine «Stadt für alle». «Eine Stadt für alle» bedeutet für mich, dass sich alle sicher und frei fühlen, wenn sie sich im öffentlichen Raum bewegen. Es bedeutet für mich, dass alle gleichermassen selbstbewusst gegenüber Behörden auftreten und angstfrei öffentliche Dienstleistungen nutzen können. «Eine Stadt für alle» bedeutet für mich, dass sich alle wehren können, wenn ihnen Unrecht wiederfährt und sich alle als vollwertige Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt fühlen.

«Die Stadt für alle» ist noch eine Vision. Ein sehr spannender Ansatz, der in diese Richtung geht, ist die Urban Citizenship. Es geht um eine Haltung, die es ermöglicht, dass sich alle, die hier wohnen auch hier zu Hause fühlen und unsere Stadt mitgestalten können.

Urban Citizenship bedeutet für mich, dass man sich vom ersten Tag an, an dem man hier lebt, als Berner oder Bernerin bezeichnen kann, ohne Wenn und Aber. Weder der Pass, noch die Muttersprache, der Dialekt, die Hautfarbe, der Name oder was sonst noch ausschlaggebend sein könnte, sollte der Abgrenzung zwischen «echten» und «unechten» Berner und Bernerinnen dienen.

Mir ist bewusst, dass nicht alle, die heute hier sind, in der Stadt Bern leben. In meiner Funktion als Gemeinderätin der Stadt Bern äussere ich mich primär zum Leben hier in der Stadt. Aber ich denke, dass wir auch in der Region eine positive Entwicklung anstossen können, wenn wir die Stadtbürgerinnen- und Stadtbürgerschaft entwickeln, wenn wir konsequent offen und inklusiv denken und handeln. Bern kann als grösste Stadt der Region und als Hauptstadt der Schweiz in dieser Hinsicht auf eine aufgeschlossene Bevölkerung bauen, für die Vielfalt Alltag ist.

Die City Card ist ein Instrument, um einer modernen Stadtbürgerinnen- und Stadtbürgerschaft einen Schritt näher zu kommen. Ich verstehe die City Card als Symbol für eine solidarische, weltoffene Stadt. Die City Card könnte ein Schlüssel zu Dienstleistungen sein. Ein Schlüssel, der insbesondere für die Hunderten von Sans-Papiers, die unter und mit uns hier in Bern leben, den Zugang zu wichtigen Lebensbereichen erleichtert. Etwas, das ihnen zeigt, dass sie dazu gehören und dass auch sie Rechte haben. Das Recht auf Bildung, Sicherheit und Gesundheit.

Eine City Card funktioniert meiner Meinung nach nur, wenn sie für alle im Alltag eine Relevanz hat und eingesetzt wird. Daher will ich ein Instrument realisieren, das für Sans-Papiers wertvoll

ist, aber auch für alle anderen Berner und Bernerinnen einen Mehrwert hat. Wir arbeiten intensiv daran, haben viele Ideen und ebenso viele offene Fragen.

Die Vision einer City Card wurde zuerst zivilgesellschaftlich diskutiert. Insbesondere «Wir alle sind Bern», deren Perspektiven sie gerade eben kennen gelernt haben, und die «Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers» waren treibende Kräfte. Weil ich überzeugt bin, dass die City Card einen sehr spannenden Ansatz bietet, haben wir das Thema aufgegriffen und im «Schwerpunkteplan Integration 2018-2021» verankert.

Ich weiss, dass Sie, verehrte Damen und Herren, viele Ideen, Träume und Wünsche haben, wenn es um die City Card geht. Nicht alles werden wir realisieren können. Wir sind eingebunden in einen nationalen und kantonalen Kontext. Aber wir wollen den Spielraum als Stadt nutzen, so gut wir das können. Es ist uns wichtig, dass wir die City Card nur dann realisieren, wenn wir mit gutem Gewissen hin stehen und sagen können, dass sie allen, und besonders Sans-Papiers, echte Erleichterungen im Alltag verschafft.

Leider konnte ich den Vormittag nicht mit Ihnen verbringen. Aber ich freue mich darauf, vom Kompetenzzentrum Integration zu hören, was Sie heute diskutiert haben. Ich bin sicher, dass heute viele wertvolle Inputs für unsere Arbeit zusammengekommen sind. Ich hoffe, dass wir mit dem heutigen Vormittag gemeinsam und gestärkt in Richtung einer «Stadt für alle» gehen können. Eine Stadt, die stolz ist auf die Vielfalt ihrer Bevölkerung und für die alle Bewohnerinnen und Bewohner Berner und Bernerinnen sind.»

Im Nachgang zu ihrem Ausblick stand Franziska Teuscher dem Publikum noch Rede und Antwort. Nachfolgend noch einige zentrale Aussagen von Franziska Teuscher aus diesem Gespräch.

- Die Umsetzung der City Card ist schwieriger als ich es mir zu Beginn vorgestellt habe. Ich weiche aber von meiner Vision deshalb nicht ab, weil die City Card eine gute Idee ist.
- Eine City Card soll von der breiten Bevölkerung und nicht ausschliesslich von Sans-Papiers genutzt werden. Das hinzukriegen, ist eine grosse Herausforderung.
- Eine City Card alleine löst nicht alle Probleme. Man muss weiterhin aktiv bleiben. Auch in anderen Bereichen, wie wir das mit dem Schwerpunkteplan Integration tun.
- Wir wollen, dass die Menschen sich in der Stadt Bern zu Hause und wohl fühlen. Diese Wärme kann eine Stadtverwaltung aber nicht geben. Die City Card ist deshalb auch ein Symbol, um zu zeigen, dass wir eine solidarische, weltoffene Stadt sind.
- Ich bin bereit, mit umliegenden Gemeinden zu sprechen, wenn es darum geht, dass auch Personen ausserhalb der Stadt, diese Karte nutzen können. Vorerst müssen wir aber als Stadt klären, wie wir diese Karte umsetzen.

Fazit und Ausblick

Die Austauschsitung hat wichtige Inputs für die weitere Arbeit in der Stadtverwaltung und die allgemeine Debatte in der Stadt Bern gebracht. Wir hoffen, dass das vielfältige Publikum, das wir an der Austauschsitung begrüßen durften, die Debatte im eigenen Umfeld weiterführt.

Die Stadt Bern will weiter diskutieren, wie «Urban Citizenship» in Bern gelebt werden kann und wird die Idee einer City Card Bern weiterverfolgen. Es ist ein ambitioniertes und herausforderndes Projekt, welches schweiz- und europaweit Pioniercharakter hätte. Daher verdient es eine eingehende und sorgfältige Prüfung, um abzuschätzen, ob wichtige Ziele und Ideen, die mit einer «City Card Bern» verbunden wären, auch tatsächlich realisiert werden können. Daneben ist auch die zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte vieler engagierter und interessierter Personen zentral, um in diesen Fragestellungen weiter zu kommen.

Das Kompetenzzentrum Integration wird interessierte Personen über seine Publikationen – insbesondere über Website und den Newsletter (kann mit Mail an integration@bern.ch abonniert werden) auf dem Laufenden halten.

Quellen

Nachfolgend sind die Quellen aufgeführt, auf die in den Inputs referenziert wurde.

Leitbild und Schwerpunkteplan zur städtischen Integrationspolitik

Stadt Bern, Gemeinderat (2010): Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern 2010. Bern: Direktion für Bildung, Soziales und Sport. ([Link](#))

Stadt Bern, Kompetenzzentrum Integration (2018): Schwerpunkteplan 2018-2021 zur Umsetzung des Leitbildes zur Integrationspolitik. Bern: Stadtkanzlei. ([Link](#))

Praxis anderer Städte

Bill de Blasio, Bürgermeister der Stadt New York (2016): Promise to ALL New Yorkers. ([Link auf Video](#))

City of Toronto (2013): Motion CD 18.5 "Undocumented Workers in Toronto" ([Link](#))

García, Marisol (2006): Citizenship Practices and Urban Governance in European Cities. In: Urban Studies, Vol. 43, No. 4, Seiten 745-765. ([Link](#))

Hudson, Graham; Atak, Idil; Manocchi, Michele; Hannan, Charity-Ann (2017): (No) Access T. O.: A Pilot Study on Sanctuary City Policy in Toronto, Canada. In: RCIS Working Paper No. 23017/1. Ryerson Center for Immigration & Settlement, Toronto. ([Link](#))

Zivilgesellschaftliche Engagements und Debatten

Education Not Deportation, Video zur Initiative aus Toronto ([Link](#))

Hashtag Seebrücke auf Twitter ([Link](#))

Netzwerk Solidarity City: Website solidarity-city.eu ([Link](#))

Rettungsschiff Aquarius, Website onboard-aquarius.org ([Link](#))

Wir alle Sind Bern, Website zur Initiative wirallesindbern.org ([Link](#))